

Schwarz auf Weiss

aus Berlin

Sabine Weiss warum ✓

Liebe Leserinnen und Leser,

das Coronavirus hat Deutschland erreicht. Besonders betroffen ist Nordrhein-Westfalen. Aktuell sind in Deutschland 534 Menschen (Stand 6.3. 7 Uhr) mit dem Coronavirus infiziert. Weltweit sind es rund 100.000 Menschen, davon sind jedoch mehr als 55.000 mittlerweile geheilt. Die Entwicklung ist sehr dynamisch. Der Höhepunkt der Epidemie ist noch nicht erreicht, das bedeutet, dass mit weiter steigenden Fallzahlen zu rechnen ist. Die nächsten Tage und Wochen werden herausfordernd – besonders natürlich für die Menschen, die im Gesundheitsbereich arbeiten. Sie stehen an vorderster Front. Ihnen gebührt unser aller Dank und Wertschätzung für Ihre bedeutende und nicht immer leichte Arbeit. Umso wichtiger ist es, dass wir sicherstellen, dass sie die Ausrüstung und die Informationen erhalten, die sie brauchen. Daher gilt seit gestern eine Ausfuhrbeschränkung für Schutzkleidung. Schutzmasken, -handschuhe und -anzüge werden vom Bund, den Ländern und einigen Akteuren des Gesundheitssystems beschafft und bevorratet. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass sich Abläufe verbessern, die derzeit noch nicht zu 100 Prozent eingespielt sind. Dazu stehen wir im ständigen und engen Kontakt mit dem medizinischen Personal und den Behörden vor Ort. Wir brauchen im Umgang mit dem Virus einen kühlen Kopf: Nach wie vor schätzt das Robert-Koch-Institut die Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland als mäßig ein. Die überwiegende Mehrheit der Fälle verläuft symptomfrei bis milde.

Und jeder kann einen aktiven Beitrag im Kampf gegen das Coronavirus leisten: Regelmäßiges Händewaschen, in ein Taschentuch oder die Armbeuge husten oder niesen, sich möglichst nicht mit ungewaschenen Händen ins Gesicht fassen. Das alles sind einfache, aber effektive Maßnahmen, die vor einer Erkrankung schützen können. In meiner Funktion als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium bin ich in viele

Entscheidungen und Sitzungen mit eingebunden. Damit ist auch mein Alltag derzeit zum großen Teil vom Coronavirus bestimmt. Am Mittwoch habe ich u. a. dem Gesundheitsausschuss über den aktuellen Stand der Dinge im Kampf gegen das Virus berichtet. Im Anschluss hat dann der Vizepräsident des Robert-Koch-Instituts, Prof. Dr. Lars Schaade, die aktuellen Zahlen und die Empfehlungen des Institutes präsentiert.

Ein weiteres Thema war in dieser Sitzungswoche die furchtbare Tat von Hanau, bei der neun Menschen mit Migrationshintergrund von einem Rechtsextremisten erschossen wurden. Diese Tat war ein Angriff auf unsere Demokratie. Daher haben wir am Donnerstag im Bundestag darüber diskutiert, wie Rechtsextremismus und Hass entschieden zu bekämpfen sind und welche Konsequenzen aus den rechtsterroristischen Morden von Hanau gezogen werden müssen. Menschverachtende Sprache und eine verrohte öffentliche Debatte zerstören unsere gemeinsamen Werte und unser friedliches Zusammenleben. Wir müssen konsequent gegen Rechts-, aber auch Linksextremismus vorgehen. Das grauenhafte Verbrechen in Hanau war die Tat eines Rechtsextremisten. Wir grenzen uns klar und unmissverständlich von rechtsextremer Hetze und Gewalt ab. Unser Mitgefühl gilt den Opfern, ihren Familien und Angehörigen des grauenvollen Anschlags. Wir werden nicht zulassen, dass Rechtsextremisten unser friedliches Zusammenleben und unsere freiheitliche Grundordnung zerstören. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus hat für uns oberste Priorität. Die treffende Rede des Bundestagspräsidenten, Wolfgang Schäuble, zu Beginn dieser Debatte ist dem Newsletter beigelegt.

Ich wünsche Ihnen ein wunderschönes und geruhsames Wochenende.

Sabine Weiss

Ausgabe 46

06.03.2020



IN DIESER AUSGABE:

- Brief an die Leser
- Unsere Praktikantin stellt sich vor
- Bilder der Woche
- Rede des Bundestagspräsidenten

Impressum

Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77720
Fax: 030 / 227-76720



Ende Februar hatte ich einen wichtigen Termin beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) in Bonn. Dort habe ich mich auf Initiative der Industrie- und Handelskammer Niederrhein mit dem Präsidenten des BfArM und Mitarbeitern des Innovationsbüros beim BfArM sowie Vertretern von Pharmaunternehmen ausgetauscht. Das Thema war die neue EU-Medizinprodukte-Verordnung, die ab dem 26. Mai 2020 als nationales Recht gilt.



#nowordsneeded

Sabine Weiss:

Wir stehen in Trauer zusammen!
Kein Platz für Rassismus, Hass und
Gewalt!

Aus Worten werden Taten.

Wir müssen das rechte Gift, das sich
ausbreitet, bekämpfen.

Null Toleranz gegen Hass und Hetze, ob
von rechts oder von links.

#Hanau #niewieder

Meine Klarstellung zu der Behauptung, die auf einer Veranstaltung am Dienstag, und damit in einer Sitzungswoche des Bundestages, in Kamp-Lintfort getätigt wurde, dass ich auf die Einladung nicht reagiert hätte.

Auf einer Veranstaltung zur linksrheinischen Notfallversorgung am 3.3 in Kamp-Lintfort wurde gesagt, dass ich auf die Einladung nicht reagiert hätte. Bei Facebook gibt es einen Post eines SPD-Kommunalpolitikers, in dem zynisch behauptet wird, ich hätte wohl Wichtigeres zu tun, als mich um die medizinische Versorgung in meinem Wahlkreis zu kümmern.

Diese Anschuldigungen kann ich nicht stehen lassen:

- Ich habe keine Einladung zu der Veranstaltung erhalten. Dies hat der Bürgermeister mittlerweile eingeräumt und sich entschuldigt.
- Die Veranstaltung hat in einer Sitzungswoche stattgefunden, in der ich als Mitglied der Bundesregierung in Berlin sein muss.
- Die demokratischen Parteien im Kreis Wesel haben sich bisher zum Wohle aller an die Regeln eines fairen und offenen Wettbewerbs um die Wählerstimmen gehalten. Das Verbreiten von gezielten Falschbehauptungen kenne ich normalerweise nur von der AfD.
- Ich rufe alle Parteien auf, sich im nun beginnenden Kommunalwahlkampf an die Spielregeln von Anstand, Wahrheit und Fairness zu halten.
- Lassen Sie uns offen und demokratisch um die besten Lösungen für den Kreis Wesel und die Wählergunst kämpfen. Es gibt keinen Platz für Fake News.



Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmen Sie Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist die erste Sitzungswoche nach dem furchtbaren Anschlag von Hanau. Seitdem hat in unserer von immer schneller aufeinanderfolgenden Erregungswellen getriebenen Öffentlichkeit eine Aufregung die andere überlagert: die weltweite Ausbreitung des Coronavirus, die bedrückenden Bilder von der griechisch-türkischen Grenze - Herausforderungen, die uns die Verletzlichkeit der uns vertrauten Welt spüren lassen und die neben Besonnenheit entschlossenes politisches Handeln fordern.

Auch 14 Tage nach den rassistisch motivierten, von Hass auf Muslime getriebenen Morden ist das Entsetzen greifbar. Und es braucht gerade in dieser schnellleibigen Zeit Momente, um innezuhalten, um uns selbst zu befragen, was das alles mit uns macht, um zu gedenken. Dazu begrüße ich auf der Ehrentribüne unseren Bundespräsidenten.

Wir trauern um Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüç, Said Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kenan Kurtović, Vili Viorrel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov. Wir gedenken der Mutter des Attentäters, getötet vom eigenen Sohn.

Eine Frau und acht Männer wurden gezielt ermordet, weil die Wurzeln ihrer Familien außerhalb Deutschlands liegen: Menschen verschiedener Nationalität, darunter deutsche Staatsangehörige, hier Geborene, Menschen, die in diesem unserem Land ihr Zuhause, ihre Heimat hatten. Wir fühlen mit den Hinterbliebenen, und wir versichern ihnen unseren Beistand. Wir wünschen den Verletzten schnelle Genesung, auch wenn wir wissen: Die seelischen Verletzungen werden bleiben.

Betroffenheit reicht längst nicht mehr. Hanau fordert vor allem: Aufrichtigkeit - Aufrichtigkeit vom Staat, der sich eingestehen muss, die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt zu haben. Die lange Spur mörderischer Übergriffe, die Einzeltäter und Gruppen durch Deutschland ziehen, zeigt: Das ist Terrorismus. Die entschiedene Antwort darauf muss sein, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln radikale Netzwerke aufzudecken und rechtsextremistische Vereinigungen zu zerschlagen.

Das geht nur, wenn wir endlich besser werden bei der konsequenten Durchsetzung des Rechts.

Hanau fordert auch aufrichtige Selbstkritik der Politik. Solche Wahnsinnstaten geschehen nicht im luftleeren Raum. Sie wachsen in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem das Ressentiment gegenüber dem Fremden und abwegigste Verschwörungstheorien geschürt werden - bis Minderheiten als Bedrohung empfunden und in sozialen Medien Hetzjagden oder sogar Morde von perversen Beifallsbekundungen begleitet werden. Es braucht deshalb wirksame Maßnahmen gegen diese unerträgliche Verrohung, nicht zuletzt im Netz.

Gewählte Repräsentanten stehen in der besonderen Verantwortung, sich von extremistischen und rassistischen Ausfällen nicht nur verbal zu distanzieren, sondern deren Urheber konsequent dort zu verorten, wo sie stehen: jenseits jedes bürgerlichen Anstands und außerhalb unserer demokratischen Ordnung.

Hass und Hetze sind keine politische Haltung.

Wir sind im Übrigen nur dann aufrichtig, wenn wir denen danken, die in den vergangenen zwei Wochen zu Tausenden in Hanau, in Berlin, in anderen Städten ihre Trauer öffentlich bekundeten, und wenn wir gleichzeitig den Stimmen zuhören, die unbequeme Fragen stellen - so wie der Schriftsteller Deniz Utlu, der in der Bahn, in der er nach den Ereignissen von Hanau fuhr, keinen Unterschied zu anderen Tagen bemerkt hat und der deshalb jeden Einzelnen auffordert, sich zu fragen - ich zitiere ihn -:

Was geschah im Herzen, als die Nachricht aus Hanau kam? Gar nichts? Etwas? Was genau? Gleichgültigkeit? Angst? Angst wovor? Wut? Wut worauf? Wer hat Empathie gespürt für die Getöteten und ihre Hinterbliebenen? ... Wer hat einfach nichts mitbekommen? Hat man im Büro darüber gesprochen, oder war es ein Arbeitstag wie jeder andere auch? ... Jeder kann sich befragen, was die Ermordung dieser Menschen mit ihm oder ihr gemacht hat. Und wenn es nichts macht, wenn diese Gesellschaft zu keiner ehrlichen Trauer fähig ist, dann können wir fragen, weshalb das so ist und nach unserer Menschlichkeit suchen.

Ende des Zitats. - Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, in schmerzhafter Konsequenz weitergedacht: Was wäre ei-

gentlich passiert, wenn es sich in Hanau nicht um einen Mordanschlag auf Muslime, sondern um ein islamistisches Attentat gehandelt hätte?

Hanau fordert Aufrichtigkeit von uns als Gesellschaft - indem wir uns eingestehen, dass wir bei der Integration noch lange nicht da sind, wo wir sein sollten. Einer Integration, die von allen etwas abverlangt, wenn sie gelingen soll, und bei der wir auch ehrlich sein müssen, was wir an Integration einfordern und wie viel unsere Gesellschaft an Verschiedenheit erträgt - zumal unter den Bedingungen einer Welt im rasanten Wandel. Bei der wir Fremdheitsgefühle angesichts tiefgreifender Veränderungen der gewohnten Umwelt ernst nehmen sollten, wenn wir auch die Menschen wirklich erreichen wollen, die Vielfalt mit Skepsis begegnen.

Wer sich angesichts eines als überfordernd empfundenen gesellschaftlichen Wandels auf der Verliererseite wähnt, ist deshalb noch kein Rassist. Wir dürfen diese Fähigkeit, zu differenzieren, nicht aufgeben, wenn wir uns dem gesellschaftlichen Resonanzraum zuwenden, in dem sich Fremdheitsgefühle erst radikalisieren.

Ich bin überzeugt: Die Zukunft unserer offenen Gesellschaft wird sich daran entscheiden, ob es uns gelingt, Verschiedenheit zu akzeptieren, die Vielfalt an Lebensstilen anzuerkennen und die eigenen Vorstellungen nicht zum Maß aller Dinge zu erklären. In unserer von Mobilität und Globalisierung geprägten Welt ist das der gedankliche Schlüssel, um eine wirklich menschliche Gesellschaft zu schaffen und die Errungenschaften der freiheitlichen Demokratie zu wahren. Aber davon müssen wir die Menschen überzeugen - sonst treiben wir sie in die Arme derer, die mit Gefühlen ihr böses Spiel treiben.

Der gesellschaftlichen Vielfalt und der Bandbreite an legitimen Gefühlen werden wir jedenfalls nicht gerecht, wenn wir Menschen allzu leichtfertig abstempeln - als rechts oder links, als fremd oder rassistisch, als idealistisch oder naiv. Es geht vielmehr darum, genau dort die Grenze zu ziehen, wo der Kern unserer Ordnung verletzt wird: bei der Würde und den Rechten jedes Individuums. Sie zu schützen, ist Aufgabe des Staates. Sie anzuerkennen, ist die Verpflichtung jedes Einzelnen von uns. Nichts rechtfertigt, Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihres Glaubens herabzusetzen, zu verunglimpfen, zu verfolgen, anzugreifen. Nichts!

Verachtung für den anderen, Hass auf das Fremde: Wir dürfen das nicht dulden - und Straftaten, die daraus resultieren, sind durch nichts zu relativieren oder zu entschuldigen.

Dass sich Menschen in Deutschland nicht mehr sicher fühlen, ist ein unhaltbarer Zustand.

Es kann in der offenen Gesellschaft keinen hundertprozentigen Schutz geben. Darauf hinzuweisen, gehört zur notwendigen Ehrlichkeit, um falschen Erwartungen vorzubauen. Aber für die innere Stabilität einer Ordnung, der sich Menschen anvertrauen, ist entscheidend, dass diese Ordnung es vermag, das menschliche Bedürfnis nach Sicherheit zu stillen. Die Menschen haben nur dann Vertrauen, wenn der Staat seiner Verpflichtung gerecht wird, allen den größtmöglichen Schutz zu gewähren, und wenn er damit ein Grundgefühl von Sicherheit vermittelt: denen, die sich - noch immer oder erneut - gesellschaftlich ausgegrenzt sehen, und auch denen, die durch ein empfundenes Zuviel an Veränderungen meinen, an Halt zu verlieren.

Die letzten Wochen und Tage, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zeigen wie unter einem Brennglas die Herausforderungen unserer globalisierten Welt: Herausforderungen, die sich uns gleichzeitig stellen, die sich überlagern und deren Verbindung, wenn wir an das Coronavirus und die Ereignisse an der griechischen Grenze denken, auf die öffentliche Auseinandersetzung toxisch wirken kann - mit gefährlich hohem Missbrauchspotenzial. Das unterstreicht noch einmal unsere Verantwortung als gewählte Repräsentanten. Verunsicherungen und gesellschaftliche Konflikte dürfen wir nicht beschweigen, aber wie wir darüber politisch diskutieren, um Wege für ein menschliches Miteinander zu finden, das bestimmt mit darüber, rassistischen Taten wie in Hanau vorzubeugen, indem wir ihnen den Nährboden entziehen, auf dem sie wachsen. Und wenn uns das nicht gelingt, machen wir uns mitschuldig.

Es braucht Aufrichtigkeit, Selbstkritik, entschlossenes Handeln. Das sind wir den Ermordeten von Hanau schuldig. Ihnen zu Ehren und im stillen Gedenken an alle jene, die mit dem Anschlag bleibende Verletzungen an Körper und Seele erfahren haben, bitte ich Sie, bevor wir in die Vereinbarte Debatte eintreten, sich zu einer Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.